

**Mannheimer
Montag-
mittag-
Vorlesungen**

**Politische Streitfragen
in zeitgeschichtlicher Perspektive**

**Die Rochade Wladimir Putins in den
Präsidentenämtern**

Egbert Jahn

3. März 2008

Adresse des Autors:

Prof. Dr. Egbert Jahn
Universität Mannheim
Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung
D-68131 Mannheim
Tel.: +49-621 181 2842, 3302
Fax: +49-621 181 2845
allgemeine E-mail: Egbert.Jahn@mzes.uni-mannheim.de
Vorlesungs-E-mail: streitfragen@uni-mannheim.de
www.uni-mannheim.de/fkks/montagmittagvorlesung.html

Zusammenfassung

Seit Jahren wird darüber spekuliert, auf welche Weise Wladimir W. Putin auch nach dem Ablauf seiner zweiten Amtszeit als Staatspräsident seine Macht in Rußland bewahren wird. Denn daß dieser noch sehr tatkräftige, gesunde und erst 55 Jahre alte Politiker sich nach den demokratischen Spielregeln aus den Schaltzentren der politischen Macht zurückziehen wird, gilt allgemein als unwahrscheinlich. Unter den zahlreichen Varianten der Machterhaltung entschied sich Putin im Herbst 2007 für die Rochade in den Präsidentenämtern. Er lehnte eine Verfassungsänderung, die ihm eine Wiederwahl als (Staats-)präsident ermöglicht hätte, ab und erklärte sich am 1. Oktober, als er als „Führer der ganzen Nation“ gefeiert wurde, zur Spitzenkandidatur für die Partei „Einheitliches Rußland“ (*Jedinaja Rossija*) bereit, obwohl er dieser Partei nicht beitrug. Sie errang dank der präsidentialen Unterstützung bei den nicht freien und fairen Wahlen am 2. Dezember mit 64,3 % der Stimmen und mehr als 2/3 der Sitze einen überwältigenden Wahlsieg, den er neben der Wahl eines „anständigen, handlungsfähigen und modernen Menschen“ zum neuen Staatspräsidenten zur Voraussetzung für seine Bereitschaft erklärt hatte, das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen.

Daraufhin wurde spekuliert, daß Putin mit einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit in der Duma die Kompetenzen des Ministerpräsidenten zulasten der bisherigen des Staatspräsidenten erweitern werde, was Putin jedoch bislang entschieden ablehnte. Einige Wochen hielt er Rußland und die Welt im unklaren, welchen „anständigen“ Menschen er als seinen Nachfolger vorschlagen werde. Denn das informelle politische System Rußlands, das bereits in der Vorlesung vom 5. Juli 2004 als „befristete, plebiszitäre Adoptiv-Autokratie“ charakterisiert wurde, sieht vor, daß der amtierende Präsident faktisch seinen Nachfolger adoptiert, auch wenn dieser erst anschließend in einer zur Akklamation verkommenen „Wahl“ in sein Amt eingeführt wird. Bis vor wenigen Wochen blieb unklar, wen Putin als seinen Nachfolger wünscht. Kurz nach den Dumawahlen fiel die Entscheidung zugunsten seines St. Petersburger Gefolgsmannes, des 42-jährigen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Aufsichtsratsvorsitzenden des mächtigen Staatskonzerns Gasprom Dmitrij A. Medwedjew. Wie geplant, wurde er gestern gewählt, und zwar mit 70,2 % der Stimmen.

Vorerst ist noch unklar, welche institutionellen und informellen Mechanismen die Vormacht Putins gegenüber dem Präsidenten Medwedjew im präsidentialen Apparat gewährleisten werden, außerdem wie lange diese Vormacht anhalten wird. Unklar ist ebenfalls, ob Putin 2012 in das Präsidentenamt zurückkehren wird. Viel spricht dafür, daß vorerst die autokratischen Elemente des politischen Systems Rußlands weiter ausgebaut werden.

1 Vom Staatspräsidenten zum Ministerpräsidenten

Seit Jahren wird darüber spekuliert, auf welche Weise Wladimir W. Putin auch nach dem Ablauf seiner zweiten Amtszeit als Staatspräsident seine Macht in Rußland bewahren wird. Denn daß dieser noch sehr tatkräftige, gesunde und erst 55 Jahre alte Politiker sich nach den demokratischen Spielregeln aus den Schaltzentren der politischen Macht zurückziehen wird, gilt allgemein als unwahrscheinlich. Im Laufe der Zeit wurden zahlreiche denkbare Varianten der Machterhaltung Putins erörtert. Bis zuletzt wurde es für möglich gehalten, daß er die Verfassung ändern läßt, um eine mehrmalige Wiederwahl des Präsidenten zu ermöglichen. Das Parlament wäre mit großer Sicherheit einem solchen Vorschlag gefolgt. Auch die Mehrheit der Bevölkerung hätte einen solchen Schritt befürwortet. Wie schon lange kein Staatschef genießt Putin seit seinem Amtsantritt eine andauernde Popularität bei der Mehrheit der Bevölkerung. Es ist offenbar Putins eigene Entscheidung, nicht den Weg der mittelasiatischen Machthaber zu gehen, die autokratischen Elemente seiner eigenen Herrschaft verfassungsrechtlich durch eine lebenslange Präsidentschaft abzusichern. Dies möglicherweise aus dem Kalkül, sein internationales Ansehen, vor allem in der westlichen Welt, nicht übermäßig zu schwächen.

Eine zweite Variante des Machterhalts wurde nicht realisiert: vorzeitiger Rücktritt vom Präsidentenamt, damit er bei den gestrigen Wahlen erneut kandidieren könne, da dann ein anderer zwischenzeitlich die Geschäfte des Präsidenten geführt hätte. Keineswegs ausgeschlossen ist hingegen, daß Putin im Jahre 2012 oder auch schon früher bei vorgezogenen Wahlen erneut für das Präsidentenamt kandidieren wird.

Eine dritte Variante sah vor, daß Putin sich zum Ministerpräsidenten (amtlich: „Vorsitzender der Regierung“) ernennen lassen und vorher durch eine Verfassungsänderung die Kompetenzen des Ministerpräsidenten erweitern und die des Staatspräsidenten beschneiden lassen würde. Dabei hofften manche darauf, daß auf diese Weise quasi durch die historische Hintertür des persönlichen Ehrgeizes Wladimir Putins der parlamentarische und demokratische Charakter der Verfassung Rußlands gestärkt und damit ihre stark autokratischen Züge abgebaut werden könnten.

Die vierte Variante ging davon aus, daß Putin zu seinem Nachfolger eine schwache, ihm persönlich völlig ergebene und vielleicht von ihm auf irgendeine Weise gänzlich abhängige Person auswählen werde. Eine solche Abhängigkeit könne durch die Verfügung über ein Dossier von kompromittierenden Materialien (*komproimat*) bestehen, mit dem der Amtsinhaber jederzeit öffentlich diskreditiert und zum Rücktritt gezwungen könne.

Die fünfte Variante erwog, daß für Putin wieder das Amt des Vizepräsidenten eingeführt werden könne, das 1993 nach nur zwei Jahren abgeschafft worden war, nachdem sich der damalige Vizepräsident Alexander W. Ruzkoi dem Präsidenten Jelzin und seinen Wirtschaftsreformen entgegengestellt hatte und sich zum Gegenpräsidenten erheben ließ.

Im Laufe der Zeit wurde zahlreiche Personen als mögliche Nachfolger Putins von den Kremlastrologen ausgedeutet. Denn die Intransparenz des russischen politischen Systems und die Abschirmung der Machtelite von demokratischen Prozeduren der freien Konkurrenz um die Macht haben die alte Disziplin der Kremlastrologie, die Amtswechsel, Worte, Gesten und Unterlassungen der Machthaber in der Öffentlichkeit in Hinblick auf Veränderungen in der Machthierarchie zu interpretieren sucht, wieder aufleben lassen. Nur beteiligen sich heute nicht nur westliche Politikwissenschaftler und Journalisten daran, sondern auch die rußländischen selbst.

Als für das Präsidentenamt wurden z. B. vermutet: Wladimir I. Jakunin, geb. 1948 (die Angaben zu den Geburtsjahrgängen sollen auf die später zu interpretierende Altersstruktur der Machtelite aufmerksam machen), mehrmaliger Stellvertretender Minister und heute Präsident der Rußländischen Eisenbahnen, Sergej J. Naryschkin, geb. 1954, seit 2007 einer der Stellvertretenden Ministerpräsidenten und für Außenhandel zuständig, Valentina I. Matwijenko, geb. 1949, Gouverneurin von St. Petersburg oder Dmitri N. Kosak, geb. 1958, zeitweise Leiter des Wahlkampfstabes von Putin und Bevollmächtigter Vertreter des heiklen Südlichen Föderalen Bezirks, zu dem Tschetschenien gehört, schließlich Minister für regionale Entwicklung. Seit längerer Zeit galten zwei alte Weggefährten Putins aus der St. Petersburger Zeit als die Hauptfavoriten für das Präsidentenamt. Sergej B. Iwanow, geb. 1953, begann seine Laufbahn im KGB und im rußländischen Inlandsgeheimdienst FSB, wo er Putins Stellvertreter war. Von 2001 bis 2007 war er Verteidigungsminister und seit November einer der Stellvertretenden Ministerpräsidenten. Vor einem Jahr wurde er Erster Stellvertretender Ministerpräsident mit dem Aufgabenbereich Rüstungsindustrie und Raumfahrt. Das gleiche Amt eines Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten hatte Dmitrij A. Medwedjew, geb. 1965, seit 2001 Aufsichtsratsvorsitzender des Konzerns Gasprom, seit Oktober 2003 Leiter der Präsidentialverwaltung bereits im November 2005 erhalten. Ihm wurde das Aufgabengebiet des Gesundheits- und Bildungswesens, des Wohnungswesens und der Landwirtschaft zugewiesen, also heikle Felder „der prioritären nationalen Programme“ in der Wirtschaftsreform- und Innenpolitik. Neben beiden gab es auch noch zwei einfache Stellvertretende Ministerpräsidenten. Seit kurzem sind es drei.

Als am 14. September überraschend Michail J. Fradkow durch den Finanz- und Steuerfachmann Wiktor A. Subkow, Jahrgang 1941, im Amt des Ministerpräsidenten abgelöst wurde, avancierte dieser plötzlich zum Hauptkandidaten für die Nachfolge Putins. Der Amtswechsel ein halbes Jahr vor den Präsidentenwahlen schien sehr dem Muster des Augusts 1999 zu folgen, als Putin überraschend von Jelzin zum Ministerpräsidenten gekürt und anschließend zu seinem Nachfolger aufgebaut wurde. Subkow erschien manchen Beobachtern als besonders geeigneter Übergangspräsident, da er bisher keine eigenen politischen Ambitionen erkennen ließ und aufgrund seines Alters nur für eine Amtszeit oder weniger zur Verfügung gestanden wäre, da die Altersgrenze für Präsidenten siebzig Jahre beträgt.

Eine Woche nach den keineswegs freien und fairen Dumawahlen vom 2. Dezember 2007, bei denen zahlreiche Wahlmanipulationen stattfanden, erhielt die Präsidentenpartei „Einheitliches Rußland“ 64,3 % der Stimmen und mehr als 2/3 der Abgeordnetensitze, die für eine Verfassungsänderung erforderlich sind. wurde von der Partei der Kandidat Putins für die Präsidentenwahl nominiert: Dmitri Medwedjew. Niemand zweifelte danach, daß er auch gewählt werden würde. Gestern erhielt er 70,2 % der Stimmen, also planungs- und standesgemäß etwas weniger als seinerzeit Wladimir Putin, der im Jahre 2004 71,3 % der Stimmen erhalten hatte. Der Kommunist Sjuganow kam auf 17,7 %, der Rechtsradikale Schirinowski auf 9,4 % und der groteske Alibi-Demokrat Bogdanow auf 1,3 % der Stimmen.

Die Entscheidung Putins für Medwedjew und gegen Iwanow wird von manchen Beobachtern als die für den Verfechter der Priorität liberaler Wirtschaftsreformen als für den eher harten Mann der Sicherheitsorgane und des Militärs interpretiert. Dies scheint eine eher blauäugige Interpretation. Vermutlich wollte der ehemalige KGB-Mann Putin selbst die Fäden der Hausmacht der Geheimdienste und der Streitkräfte in der Hand behalten, als sie einem potentiellen Konkurrenten Iwanow zu überlassen, der zudem fast gleichaltrig mit Putin ist. Die zentrale Frage ist aber nicht die des Personalkarussells an der Spitze der Staatsführung, sondern die, ob der Trend zur Entwicklung einer neuen Autokratie in Rußland durch die Vorgänge der letzten Jahre und Monate und die Wahl Medwedjews weiter gestärkt worden ist oder ob wichtige institutionelle Voraussetzungen für eine zukünftige Demokratisierung Rußlands erhalten bleiben.

2 „Souveräne Demokratie“, der Weg in eine neue Autokratie?

Bereits in der Vorlesung vom 5. Juli über „Putins Siege: Niederlagen der Demokratie in Rußland?“ wurden der Aufstieg Putins in das mächtigste Staatsamt Rußlands und die

Entstehung eines politischen Systems dargestellt, das als „befristete, plebiszitäre Adoptiv-Autokratie mit einem demokratischen Antlitz“ bezeichnet wurde. Damit ist ein System der zeitlich begrenzten Autokratie einer Person als Exponenten einer gesellschaftlichen Minderheit gemeint, die sich durch zur Akklamation verkommene Wahlen rechtfertigt und dafür sorgt, daß der Autokrat nach seiner befristeten Herrschaft seinen Nachfolger faktisch adoptiert. Dieses System wurde in den vergangenen Jahren verfestigt. Strittig ist, ob es nur die Vorstufe zu einer ausgeprägten, auf Dauer angelegten Autokratie einer Person und einer politischen Oligarchie oder eine Übergangserscheinung in einem schwierigen, verzögerten und langwierigen Demokratisierungsprozeß darstellt.

Nach der einen Auffassung bedient sich die Machtelite Rußlands nur noch einer demokratischen Fassade und beseitigt schrittweise den weiteren Abbau demokratischer Relikte im postsowjetischen Rußland. Das New Yorker *Freedom House* rechnet Rußland schon seit mehreren Jahren neben Belarus und Aserbaidtschan zu den unfreien Staaten. Seit Juli 2004 läßt sich eine Reihe von Argumenten für diese These anführen. Die staatliche Verfügung der Fernseh- und Rundfunksender als den wichtigsten Massenmedien und die Regierungskontrolle ihrer Programme haben weiter zugenommen. Oppositionelle Parteien und Politiker und Gesellschaftskritiker haben kaum noch eine Chance, sich in ihnen zu Gehör zu bringen und bleiben auf wenige Presseorgane mit geringer Verbreitung verwiesen. Das Klima der Einschüchterung in den Redaktionen und auch in vielen wissenschaftlichen Institutionen ist dominanter geworden. Unaufgeklärte Morde an Journalisten, die sich noch kritisch zur Korruption und zu den Rechtsbrüchen in der Gesellschaft, zur Bürgerkriegspolitik in Tschetschenien und zur Außenpolitik oder zu führenden Persönlichkeiten äußern, entmutigen Tausende anderer Journalisten. Die rücksichtslose Inkaufnahme des Todes von Hunderten Geiseln in einem brutalen und oft dilettantisch geführten Kampf gegen den Terrorismus zeigt eine geringe Achtung der Staatsführung vor dem Menschenleben.

Die gegenteilige Auffassung zu der von der De-facto-Autokratie in Rußland interpretiert die erwähnten Faktoren optimistischer, auch wenn sie nicht die Augen vor den autokratischen Tendenzen verschließt. Das Bestreben, wenigstens den Schein einer demokratischen Legitimation des Präsidenten und der Duma zu erhalten, die Duldung mehrerer, nicht immer mit der Präsidentenpartei übereinstimmender anderer Parteien, die Achtung des Verbots einer mehrmaligen Wiederwahl des Präsidenten, die nicht vollständige Unterdrückung der Pressemedien und kritischer wissenschaftlicher und publizistischer Texte, die Offenheit der Grenzen für Reisende und Informationen aus und in das Land stellen institutionelle und

habituelle Freiräume dar, die in nicht allzu ferner Zukunft durch eine demokratische Protestbewegung genutzt werden könnten, sobald das bestehende System in eine Krise gerät.

3 Die Festigung der befristeten, plebiszitären Adoptiv-Autokratie mit demokratischem Antlitz

Die bisher schwachen Voraussetzungen einer Demokratisierung Rußlands waren bereits in der Vorlesung im Juli 2004 dargelegt worden. Sie seien nochmals stichwortartig in Erinnerung gerufen: Vernichtung eines autonomen Städtebürgertums im ausgehenden 15. Jahrhundert, mehrmalige Unterwerfung und Vernichtung des relativ unabhängigen, pluralistischen Adels bis ins 18. Jahrhundert hinein, lange Tradition des monarchischen Absolutismus und Staatskirchentums, weitgehende Abschottung gegen die geistigen Einflüsse der westlichen Aufklärung und der Revolutionen von 1789 und 1848/49, erfolgreiche Revision der Reformen der 1860er Jahre, Scheinkonstitutionalismus von 1905-1917, gewaltsame Auflösung der frei gewählten Verfassungsgebenden Versammlung im Januar 1918 und Abgleiten in eine jahrzehntlange kommunistische Partei- und Führerdiktatur, Umkehr des Demokratisierungstrends seit den Dezemberwahlen 1993. Auch die Etablierung des autokratischen Adoptivsystems durch den siechen Boris N. Jelzin mit Hilfe Wladimir W. Putins war bereits nach dessen erster Amtsperiode dargestellt worden. In seiner zweiten Amtsperiode hat Putin dieses System weiter gefestigt, ist aber nicht der Versuchung unterlegen, es in ein offen autokratisches System ohne Befristung umzuwandeln.

Vor den Dezemberwahlen wurde lediglich das Wahlgesetz geändert, so daß prääsidentenkritische Parteien und Personen noch geringere Chancen als zuvor haben, in das Parlament zu gelangen. Die Fünfprozenthürde wurde durch eine Siebenprozenthürde abgelöst, so daß vor wenigen Wochen nur noch vier Parteien in die Duma gelangten, die bevorzugte Präsidentenpartei „Einheitliches Rußland“ (64,3 % der Stimmen) und die Kreml-Kreation „Gerechtes Rußland“ (7,7 %), die mit sozialen Parolen den Kommunisten Wähler abspenstig machen sollte. Die Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation (11,6 %) ist noch die einzige, partiell opponierende Partei in der Duma, obwohl auch sie auf vielfältige Weise in den Machtapparat und seine Politik eingebunden ist. Die ultranationalpatriotische, rechtsradikale Liberal-Demokratische Partei Rußlands unter Führung Wladimir Schirinowskis (8,1 %) ist noch weitgehender in die präsidentialen Machtstrukturen einbezogen und unterstützt meist die Politik des Präsidenten. Die beiden als wirklich liberale und demokratische Parteien Rußländische Demokratische Partei Jabloko (*jabloko* heißt Apfel, ist aber hier die Abkürzung der Namen dreier Politiker) und die Union der rechten Kräfte (*Sojuz pravych sil*) zeigten sich

wiederum, obwohl sie nun schon am Rande des Abgrunds standen, unfähig, sich zu einigen und degenerierten beide zu politischen Sekten, die nur noch 1,6 und 1,0 % der Stimmen erhielten.

Diente das Grabensystem, d. h. die Verteilung der Hälfte der Dumamandate über Parteilisten und der anderen Hälfte auf direkt gewählte Kandidaten, ursprünglich der Schwächung der Parteien und dem Machterhalt führender Mitglieder der alten Nomenklatura, so ermöglichte es in der letzten Zeit einzelnen populären, kritischen Abgeordneten wie Wladimir A. Ryschkow, Jahrgang 1966, den Einzug ins Parlament. Mit der Abschaffung der Direktmandate wurde die Kontrolle des Parlaments durch die präsidialen Parteien gestärkt. Außerdem wurde die Möglichkeit, explizit „gegen alle“ Parteien zu stimmen, abgeschafft, ebenso das Erfordernis einer Mindestwahlbeteiligung. Kurios wirkt die Bestimmung, daß im Falle des Überschreitens der Siebenprozenthürde durch nur eine Partei, auch eine zweite Partei mit weniger als 7 % der Stimmen in der Duma vertreten sein darf, um ein Einparteienparlament zu verhindern. Von den Sorgen des Kreml vor indirektem Protest im Wahlverhalten kündigt auch die Bestimmung, daß, falls nur zwei Parteien mit insgesamt weniger als 60 % der Stimmen die Siebenprozenthürde überschreiten, die drittgrößte Partei auch im Parlament vertreten sein soll.

Ein wesentlicher Impuls zu den Verfestigungsbestrebungen des autokratischen Adoptivsystems ging von den „bunten Revolutionen“ in Georgien im November 2003 und vor allem in der Ukraine im November 2004 aus. Trotz der hohen Popularität Putins und der aktuell zweifellos ungefährdeten Stabilität seines Regimes wuchs offenbar im Kreml beträchtlich die Furcht vor einer ähnlichen Entwicklung auch in Rußland. Sie bezieht sich zwar nicht auf die unmittelbare Zukunft, jedoch auf den Fall eines Endes des seit 1999 anhaltenden ökonomischen Aufschwungs und der sich damit steigernden sozialen Unzufriedenheit. Entsprechend der Kreml-Auffassung, daß die „orangefarbenen Revolution“ in der Ukraine wie die „Rosenrevolution“ in Georgien von aus dem Westen und vor allem aus den USA finanzierten und gesteuerten Nichtregierungsorganisationen angezettelt und durchgeführt worden sei, wurden die NGOs Rußlands durch ein am 17. April 2006 in Kraft getretenes Gesetz einer gestrengen Kontrolle ihrer Finanzen und ihrer Tätigkeiten durch staatliche Behörden unterworfen. Das Gesetz soll nach offiziellen Äußerungen die Benutzung von NGOs durch fremde Geheimdienste zur Spionage und Unterminierung der Souveränität und Integrität Rußlands verhindern.

Um dennoch die Fassade einer Zivilgesellschaft beizubehalten wurde vom Kreml im Frühjahr 2006 eine verfassungsrechtlich nicht vorgesehene Gesellschaftskammer mit 126 Mitgliedern ohne eigenständige Kompetenzen neben die Duma und den Föderationsrat gesetzt. Ein Drittel des Gremiums wurde durch den Präsidenten aus besonders „um das Vaterland verdienten Bürgern“ staatsnaher Organisationen berufen, das je ein weiteres Drittel aus prominenten Wirtschafts- und Gesellschaftsvertretern und aus der Provinz kooptierte. Die Förderung der Zivilgesellschaft wurde zur staatlich organisierten Angelegenheit, um jene so weit wie möglich unberechenbaren, autonomen Entwicklungsprozessen zu entziehen.

Diese Maßnahme sollte offenbar dazu dienen, der Machtelite, die im Kern aus einer riesigen Präsidialverwaltung, die mit weit über 10.000 Personen bereits umfangreicher ist als der Apparat des Zentralkomitees der KPdSU, und aus der Führung der Ministerien und Staatskomitees sowie der Staats- und staatsnahen Konzerne besteht, eine breitere Basis zu verleihen. In die gleiche Richtung deutet der Ausbau der Präsidentenpartei zu einer Massenpartei, wobei die große Masse der bislang 1,7 Millionen Mitglieder ganz überwiegend Beamte und andere Funktionsträger des Regimes sind. Die Einbindung von Arbeitern, Bauern und Angestellten im großen Umfange, wie das im Falle der KPdSU geschah, ist offenbar bislang noch nicht vorgesehen. Wohl aber sollten erhebliche Teile der Jugend in einer dem Präsidenten und dem Nationalpatriotismus verpflichteten Organisation nach dem erklärten Vorbild des Komsomol erfaßt werden, die „die Unsrigen“ (*Naschi*) genannt wurde. Sie feierte besonders intensiv Putin als „nationalen Führer“. Nachdem diese Organisation einige offenbar unerwünschte, weil das Ansehen Rußlands im Ausland schädigende Ausschreitungen gegen Angehörige ethnischer Minderheiten begangen hatte, wurden ihr allerdings vom Kreml vor wenigen Wochen erhebliche Finanzmittel gestrichen.

Zu den Stabilisierungsmaßnahmen des Regimes kann man auch das immer deutlichere Anknüpfen an der Sowjetgeschichte rechnen, sei es bei den Staatssymbolen (Übernahme der Sowjethymne mit neuem nationalpatriotischen Text) und den Gedenktagen (80-jähriges Jubiläum des Komsomol, tschekistische, d. h. geheimdienstliche Feiertage), sei es durch die positive Darstellung von weiteren Bereichen der Sowjetgeschichte als Teil der tausendjährigen rußländischen Geschichte, die vermehrt rußländisch oder gar russisch nationalpatriotisch, nicht interethnisch und internationalistisch gedeutet wird.

Im Februar 2006 entwickelte der als Chefideologe des Kremls und einflußreiche graue Eminenz im Rücken von Putin geltende Wladislaw J. Surkow, Jahrgang 1964, der bereits seit 1999 stellvertretender Leiter der Präsidialverwaltung ist und Jelzin vor einem

Amtsenthungsverfahren in der Duma durch geschickte Bestechung von Abgeordneten gerettet haben soll, einen eigenen Begriff für das neue politische System Rußlands: „souveräne Demokratie“. Dieser wurde mittlerweile sogar für die Lehrerausbildung verbindlich gemacht. „Souveräne Demokratie“ soll eine spezifische Form der Demokratie sein, die die Eigenart der rußländischen Demokratie, die Souveränität und Unabhängigkeit sowie den Großmachtsstatus Rußlands vor den als Fremdbestimmung angesehenen Einflüssen der westlichen Demokratie absichern soll. Zwar hat sich Putin mittlerweile kritisch zu dem Begriff geäußert und darauf hingewiesen, daß (äußere) Souveränität und Demokratie zweierlei politischen Sphären angehören, doch wird er weiterhin zur Legitimation der Abweichungen des rußländischen Demokratiemodells vom westlichen benutzt. Insgesamt sind aber die Ansätze zu einer Entwicklung einer neuen Staats- und Gesellschaftsideologie, die zu einer Massenmobilisierung und einer neuen sozialen Moral führen könnte, äußerst bescheiden. Private Nutzenmaximierung und Zynismus herrschen vor, in der Machtelite wie in der breiten Bevölkerung. Die Staatskirche hat keinerlei moralische und gesellschaftliche Autorität.

Anders als der seinerzeitige Begriff der „sozialistischen Sowjetdemokratie“ (d. h. Rätedemokratie), die eine universale, für die ganze Welt vorgesehene Alternative zur parlamentarischen Demokratie darstellen sollte - die häufige Bezeichnung des Obersten Sowjets als Parlament der Sowjetunion ist völlig irreführend -, wird der Begriff der „souveränen Demokratie“ nur als eine den besonderen Eigenarten der Geschichte und Gesellschaft Rußlands angepaßte Form der Demokratie angesehen. Mit der sowjetischen Tradition stimmt lediglich überein, daß auf die Legitimation autokratischer Herrschaft durch eine spezifische, explizit von der westlichen unterschiedene Form der Demokratie großer Wert gelegt wird. In der Tat sollten die restdemokratischen Elemente dieser Herrschaftsform nicht unterschätzt werden.

Die Manipulation der Wahlen hat offenbar erheblich zugenommen. Dabei kam es zu einigen grotesken Erscheinungen. In Mordwinien soll die Wahlbeteiligung zunächst laut der Zeitung *Kommersant* bei 109 % (offiziell dann bei 95 %) gelegen haben, in der tschetschenischen Hauptstadt bei 99 %, wobei 99 % der abgegebenen Stimmen für die Präsidentenpartei abgegeben worden seien. Je autokratischer das regionale Regime, desto höher die Stimmzahl für die Präsidentenpartei infolge der Anwendung traditioneller sowjetischer Verfahren zur Verpflichtung der Bürger, an der Wahl teilzunehmen und die richtige Partei zu

wählen oder von klaren Wahlfälschungen. Eine gründliche Wahlbeobachtung durch die OSZE und durch einheimische präsidentenkritische Organisationen wurde diesmal verhindert.

Für die gestrigen Präsidentenwahlen wurden nur vier Kandidaten zugelassen, außer Dmitri Medwedjew (geb. 1965), der Kommunist Gennadi A. Sjuganow (geb. 1944), der rechtradikale Liberal-Demokrat Wladimir W. Schirinowski (geb. 1946), und der Parteivorsitzende der Demokratischen Partei Rußlands, Andrei W. Bogdanow (geb. 1970). Diese Partei strebt den Beitritt Rußlands zur EU an und erhielt bei den Dumawahlen nur 90.000 oder 0,1 % der Stimmen, konnte aber merkwürdiger Weise die erforderlichen zwei Millionen Unterschriften für die Kandidatur zu den Präsidentenwahlen erlangen. Bogdanows Auftreten wirkte wie eine karikierende Alibi-Kandidatur auf die westorientierten Demokraten Rußlands. Über zwei Millionen Unterschriften wurden auch von dem im Februar 2004 von Putin entlassenen Ministerpräsidenten Michail M. Kasjanow, Jahrgang 1957, erbracht. Die Wahlkommission erklärte jedoch einen hohen Prozentsatz der vorgelegten Unterschriften für fehlerhaft und ließ Kasjanow nicht zur Wahl zu. Er wäre der einzige ernsthafte, wenn auch chancenlose Wahlgegner Medwedjews gewesen.

Es ist vorerst noch völlig unklar, auf welche Weise Putin seinen Einfluß auf die präsidentiale Politik ausüben wird. Es könnten dafür neue formale oder auch informelle Strukturen geschaffen werden, etwa regelmäßige gemeinsame Sitzungen. Sicherlich wird bald darüber spekuliert werden, ob und wann sich Medwedjew von Putin emanzipieren und eigene, ihm ergebene Parteigänger in führende Positionen bringen wird. Allerdings spricht die gemeinsame Herkunft aus der St. Petersburger Clique zunächst wenig dafür, daß Medwedjew eine andere Klientel innerhalb der Machtelite mit Positionen zu bedienen hat als Putin. Dies ist eine andere Situation als im Jahre 2000, als Putin zunächst eine berufliche und politische Karriere außerhalb des Jelzin-Clans absolviert hatte, der eine andere soziale und politische Herkunft hatte als Putin. Putin tolerierte über längere Zeit zunächst die Jelzin-Leute im Kreml und ersetzte sie ab 2003 schrittweise durch seine St. Petersburger Vertrauten und Bekannten. Es spricht viel dafür, daß Medwedjew allenfalls nach mehreren Jahren versucht sein könnte, neue Personen in führende Positionen zu bringen. Die derzeit führenden Personen sind allerdings, wie oben dargelegt, noch verhältnismäßig jung, so daß sie bis zu einer eventuellen erneuten Wahl Putins ins Präsidentenamt im Jahre 2012 nicht ausgetauscht werden. Auch politisch-programmatisch sind derzeit keine Differenzen zwischen Putin und Medwedjew erkennbar. Gegenwärtig ist auch noch unklar, ob und in welcher Weise ein Ministerpräsident Putin in der internationalen Politik als Repräsentant Rußlands auftreten wird.

Verlässlich ist nur eines: zu den Herrschaftstechniken der Präsidialpolitik in Rußland gehört es, den Anschein der Unberechenbarkeit zu wahren und immer wieder mit überraschenden politischen Manövern und Personenwechseln zu operieren. Die professionelle wissenschaftliche und journalistische Kremlastrologie wird also die Verlässlichkeit astrologischer Aussagen behalten.

4 Stabilisierung des autokratischen Systems oder unfreiwillige Vorbereitung einer Gesellschafts- und Staatskrise

Kritiker der Machtelite und der Politik Putins in Rußland bezweifeln, daß all die erwähnten und die zukünftigen Maßnahmen zur Stabilisierung und Absicherung des immer noch eingeschränkten autokratischen Systems auf Dauer funktionieren werden. Zwar besitzt Putin kontinuierlich hohe Zustimmungsraten. Aber er ist kein charismatischer Führer, der wirklich hohe Zuneigung genießt. Die Zustimmung beruht auf dem Kontrast der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation zu den Umbruchjahren zuvor, in denen sich die soziale Lage großer Teile der Bevölkerung drastisch verschlechtert hatte, wobei im August 1998 eine schwere Finanzkrise das Land erschütterte und die alltägliche Kriminalität sich erhöhte. Außerdem bot der sieche Staatspräsident Jelzin in seinen letzten Amtsjahren ein jämmerliches Bild. Putin vermochte den Eindruck zu erwecken, einziger Garant für eine Wiederherstellung der „Ordnung“ zu sein, die Macht der unbeliebten „Oligarchen“ zu brechen und das Prestige Rußlands als Großmacht zu erneuern. Nach den Jahren der demütigenden tschetschenischen Geiselnahmen und Terroranschläge, zu denen die Behörden und viele Russen auch die Sprengung einiger Hochhäuser in Moskau und Wolgodonsk rechnen, bei denen über 300 Menschen sterben mußten, stieß der zweite Tschetschenienkrieg trotz seiner hohen Opferzahlen auch unter Russen auf breite Zustimmung.

Dennoch macht sich die Bevölkerung keine Illusionen über den weiterhin hohen Grad der Korruption, über die schamlose Bereicherung der Machtelite, über die wachsende soziale Kluft. Vor einigen Wochen waren 45 % der Befragten in einer Umfrage überzeugt, daß die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen gefälscht werden würden. Aber die Mehrheit der Bevölkerung profitiert in bescheidenem Ausmaße von dem allgemeinen Wirtschaftsboom infolge des umfangreichen Erdöl- und Erdgasexports und der hohen Weltenergiepreise. Der Wirtschaftsaufschwung steht jedoch auf tönernen Füßen. Er bleibt abhängig von den hohen Weltenergiepreisen. Die Gewinne werden viel zu wenig in die Modernisierung der Industrieproduktion und der Landwirtschaft sowie des Bildungswesens und der Wissenschaft, des Gesundheitswesens und des Umweltschutzes gesteckt. Statt dessen floriert der

Kapitalexport. Staatsanleihen werden im Ausland getätigt, um große Konzerne im Privateigentum erneut zu verstaatlichen. Zigtausende Wissenschaftler ziehen es vor, ins Ausland zu gehen, das intellektuelle Potential der Gesellschaft wird verschleudert. Das Streben nach einer Wiederherstellung der Großmachtposition ist mit Tendenzen zur staatlichen Monopolbildung und der autarkistischen Selbstisolation verknüpft, die die Modernisierung der Wirtschaft behindert. Die demographische Struktur ist erschreckend. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Männer liegt bei 59 Jahren. Der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung in den mittleren Jahren an der Gesamtbevölkerung ist verhältnismäßig niedrig.

Die staatliche Bürokratie und die Behörden zur Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung werden enorm aufgebläht und belasten das Staatsbudget enorm. Somit scheint mittelfristig der wirtschaftliche Aufschwung vielen Experten extrem gefährdet. Ein erneuter wirtschaftlicher Niedergang würde erhebliches soziales Unruhepotential erzeugen, zumal das marktwirtschaftliche soziale Sicherungssystem nach dem Zusammenbruch des kommunistischen noch extrem unterentwickelt ist. Allerdings gehört überwiegend die Rentnergeneration zu den Verlierern im zunehmend rauheren Klima des wirtschaftlichen Wettbewerbs. Sie wäre im Falle einer Wirtschaftskrise noch schutzloser der Verelendung ausgeliefert und stellt kaum ein rebellisches Potential dar, das das gegenwärtige Regime bedrohen könnte.

Eine ernsthafte, wirtschaftliche und dann auch gesellschaftspolitische Krise wird nicht notwendig demokratische Bestrebungen begünstigen, sondern wohl eher radikal nationalpatriotische. Ideologisch vorbereitet wird eine solche Wendung sowohl durch das jetzige Regime, als auch durch Kommunisten und Liberaldemokraten. Weithin findet eine Identifikation der Demokratie mit Chaos, fruchtlosem Parteien- und Politikerstreit, wirtschaftlichem Niedergang und vor allem mit demütigender Abhängigkeit vom Westen statt. Der Mangel an einem politisch fähigen und rhetorisch begabten Führungspersonal in den schwachen liberalen und demokratischen Parteien und Verbänden bzw. die mangelnde Gelegenheit, sich in den Medien zu präsentieren, tragen dazu bei, daß sich die Aussichten auf eine Demokratisierung Rußlands in der Amtszeit Putins erheblich verschlechtert haben.

5 Realpolitische Kooperation und Unterstützung der russischen Demokraten

Der Westen hat keine andere Wahl als die der Kooperation mit der Führung des immer noch mächtigen Nachfolgerstaates der Sowjetunion, als Nuklearmacht, als große konventionelle

Macht, als Weltenergiemacht, als VN-Sicherheitsratsmitglied und als Allianzpartner im Kampf gegen den transnationalen Terrorismus. Insofern steht unvermeidlich das realpolitische Sicherheits- und Stabilitätsinteresse nicht nur der unmittelbaren Nachbarstaaten Rußlands, sondern auch der Europäischen Union und der USA im Vordergrund jeglicher vernünftigen Rußlandpolitik des Westens. Das Stabilitätsinteresse verpflichtet jedoch nicht zur Blindheit gegenüber den Faktoren, die Krisen und gesellschaftlichen Wandel bewirken, und zur Indifferenz gegenüber den latenten politischen Kräften, die Rußland sei es in demokratische, sei es in eine entschieden diktatorische Richtung treiben könnten. Die praktische Unterstützung russischer Demokraten durch zivile Intervention ist nach den „bunten Revolutionen“ in Georgien und in der Ukraine noch weniger möglich als vorher und in manchen Formen sicherlich auch mehr als fragwürdig. Dennoch gibt es auch heute noch Freiräume dafür. Wichtiger als die praktische Hilfe ist wohl die eindeutige moralisch-politische Parteinahme für demokratische und menschenrechtliche Bestrebungen, die zwar nicht immer von westlichen Regierungen zu erwarten ist, aber von den sie tragenden und den gegen sie opponierenden demokratischen Parteien und den zahlreichen politischen und gesellschaftlichen Organisationen. Die Gesellschaft der Großmacht Rußland muß sich mehr als die Gesellschaft fast jeden anderen Landes aus eigener Kraft aus dem selbstverursachten Sumpf herausziehen. Indem sich die westliche Gesellschaft selbst öffentlich aufklärt über die Vorgänge in Rußland, liefert sie unvermeidlich auch nützliche Informationen für diejenigen, die in Rußland nicht auf die Geltung der Verfassung, der Menschenrechtsdeklarationen und der internationalen Verträge verzichten sowie die Hoffnung auf eine demokratische und prosperierende sozialstaatliche Entwicklung ihres Landes und eine entsprechende Lernfähigkeit ihrer Gesellschaft aufgeben wollen. Zur Aufklärung gehört nicht nur die oftmals nur deprimierende Veröffentlichung von repressiven Maßnahmen, Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen, sondern auch die ermutigende Darstellung der politischen Vorstellungen und Aktivitäten menschenrechtlicher und demokratischer Organisationen, die in Rußland oft verschwiegen werden, aber auch die bescheidenen Reformschritte und die Konflikte innerhalb der Machteliten.

6 Die langen Umwege zu einer Demokratisierung Rußlands

Es spricht nichts für einen Kurswechsel in der rußländischen Innen- und Außenpolitik unter dem Präsidenten Medwedjew. Der Wahl Medwedjews durch Putin mit anschließender plebiszitärer Akklamation am gestrigen Tag wird wohl in Kürze die Nominierung Putins zum

Ministerpräsidenten durch Medwedjew und ihre Billigung durch die überwältigende Mehrheit der Duma folgen. Da Putin mehrmals eine Änderung der Verfassung zugunsten der Machtstellung des Ministerpräsidenten abgelehnt hat, wäre es denkbar, daß in Bälde neue institutionelle Formen der politischen Abstimmung zwischen dem Staatspräsidenten und dem Ministerpräsidenten gefunden werden, da wohl die informellen Beziehungen zwischen den beiden Personen nicht ausreichen. Die politische Macht Putins bleibt auch von einer starken Medienpräsenz abhängig, die das Einverständnis zwischen beiden Präsidenten immer wieder öffentlich demonstriert. Das politische System Rußlands ist äußerst flexibel in der Ergänzung der durch die Verfassung vorgeschriebenen Institutionen durch zusätzliche, die die Kompetenzen der ersteren faktisch schwächen oder unterminieren. Es ist auch nicht auszuschließen, daß neue institutionelle Formen und Gelegenheiten gefunden werden, die es Putin ermöglichen, direkt in der internationalen Politik präsent und aktiv zu werden, und zwar deutlich mehr als seine Amtsvorgänger. Denn hier kommt es oft auf persönliche Kontakte zu den wichtigen Politikern anderer Staaten an, die Rolle der grauen Eminenz im Hintergrund dürfte Putin nicht ausreichen. Denkbar ist auch, daß der Ministerpräsident selbst auch das Amt des Außenministers übernimmt.

Nach der Konsolidierung der neuen Führungsstruktur ist damit zu rechnen, daß Rußland bald mit einem überraschenden Manöver auf die Unabhängigkeitserklärung Kosovos und dessen Anerkennung als Staat reagieren wird. Es ist unklar, ob die Entscheidungen des Westens mit einem entsprechenden politischen Manöver in Transnistrien und im Südkaukasus beantwortet werden. Dafür sprechen die wiederholten Drohungen und Andeutungen Putins, daß Rußland ebenfalls einige De-facto-Staaten anerkennen könne. Dagegen spricht allenfalls, daß Rußland mit solchen Schritten ziemlich isoliert bleiben und sein Ansehen in den Nachbarstaaten weiter schwächen wird, während die westlichen Staaten so zahlreich und stark sind, daß sie die Behauptung der Einzigartigkeit des Falles Kosovo im westlichen Europa durchsetzen können.

Gründe für einen Machtkonflikt zwischen Medwedjew und Putin sind heute nicht erkennbar und auch in Zukunft kaum zu erwarten, können aber selbstverständlich irgendwann in den kommenden Jahren entstehen. Medwedjew verdankt seine Karriere in Moskau und St. Petersburg gänzlich Putin, so daß in 17 Jahren eine starke persönliche Loyalität des Jüngeren gegenüber dem Älteren (Altersdifferenz 13 Jahre) entstanden sein dürfte. Wichtiger ist aber wohl, daß Medwedjew keine eigene Hausmacht besitzt, sondern aus der engen St. Petersburger Clique stammt, die Putin nach Moskau gebracht hat. Putin bleibt zudem weiterhin der Exponent der Silowiki, d. h. der Führung der Gewaltorgane Geheimpolizei und

Streitkräfte. Damit ist eine Rückkehr Putins ins Amt des Staatspräsidenten, im Jahre 2012 oder bei offensichtlichen Fehlleistungen Medwedjews aus Sicht Putins und der Silowiki auch früher, durchaus denkbar.

Wichtiger als die stets fragwürdig bleibenden Vermutungen über Veränderungen im Spitzenpersonal der „Machtvertikale“ ist die Frage, ob das neue, begrenzt autokratische System mit demokratischem Antlitz stabil bleibt oder in tiefgreifende Krisen stürzen wird. Von zentraler Bedeutung hierfür bleibt ein externer Faktor: die Entwicklung des Preises für Erdöl und Erdgas und in geringerem Ausmaße auch von Uran auf dem Weltmarkt. Dieser wird ganz wesentlich durch die US-amerikanische Außen- und Interventionspolitik im Nahen Osten und im Umfeld Rußlands beeinflusst, entzieht sich also weitgehend der rußländischen Politik. Außerdem sind die fossilen Ressourcen auch Rußlands in absehbarer Zeit erschöpft. Sollte ein Einbruch der Weltenergiepreise stattfinden, so hätte dies große Auswirkungen auf die wirtschaftliche und vor allem soziale Situation in Rußland, da sie überwiegend die unteren Schichten der Bevölkerung treffen werden. Eine dramatisch wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung, die sich dann nicht mehr mit der schon heute beklagten umfassenden Korruption, der Behördenwillkür und -gewalt, dem mißbräuchlichen Umgang mit den Gesetzen und der Unglaubwürdigkeit der Medien abfinden wird, könnte sich leicht in offenem Protest niederschlagen. Aber auch andere Ereignisse, die das Versagen der Behörden und der politischen Führung offenlegen, wie menschen-schädigende Umweltkatastrophen, Unfälle großen Ausmaßes, Fehlreaktionen auf Terroranschläge oder die Verwicklung in neue Kriege können den Scheincharakter der Stabilität des Regimes aufdecken.

Allerdings ist völlig unklar, in welche politische Richtung eine zukünftige Protestbewegung tendieren wird. Es ist keineswegs ausgemacht, daß sie in Rußland in einen Demokratisierungsprozeß mündet. Die Massenbewegungen in Georgien und in der Ukraine hatten nicht nur eine demokratische, sondern auch eine nationalpolitische Dimension gegen die Hegemonialmacht Rußland in der GUS. Die Externalisierung der Schuld an den bestehenden Zuständen auf Rußland und die sowjetische Vergangenheit begünstigt in den kleineren Ländern die Westwendung von Protestbewegungen. In Rußland hingegen müssen sich Externalisierungsbedürfnisse von Schuld hingegen gegen den Westen wenden, können also rechtsradikale, nationalpatriotische politische Tendenzen begünstigen, die den offiziellen Nationalpatriotismus des Putin-Medwedjew-Regimes als scheinheilig empfinden.

Demokratisierungshoffnungen lassen sich lediglich auf den Generationswechsel und den Wandel einer Gesellschaft stützen, die trotz aller Repression und Medienmanipulation sowie

zunehmend auch der nationalpatriotischen Formierung des Bildungswesens und des Wissenschaftsbetriebs sich vorerst durch Reisen und die neuen Medien mit den Vorgängen und Lebensweisen in der westlichen Welt vertraut machen kann und sich vorerst nur in der westlichen Alltagskultur sozialisiert, ohne sich politisch zu interessieren oder gar zu engagieren. Die Individualisierung und Atomisierung der Gesellschaft wirkt vorerst regimestabilisierend. Die geistige Armut und Oberflächlichkeit der kaum entwickelten und systematisierten Staats- und Parteiideologeme wie „souveräne Demokratie“, „Großmacht“, „nationale Idee“, „tausendjährige Tradition“ von *Jedinaja Rossija* wie auch ihrer Begleitparteien Gerechtes Rußland, Kommunistische Partei und Liberal-Demokratische Partei sind nicht in der Lage, eine wirkliche stabile Identifikation der Bevölkerung mit dem Regime zu ermöglichen. Putin und bald wohl auch Medwedjew sowie ihre potentiellen Opponenten in der Machtelite mögen noch über einige Zeit hinweg hohe Zustimmungsraten bei Meinungsumfragen erzielen, aber es handelt sich keineswegs um charismatische Führungspersönlichkeiten, denen die Massen auch in krisenhaften Situationen trauen und die Treue halten. Insofern mag das Regime über Jahre hinweg als stabil erscheinen, weil es sich von den notwendigerweise eher chaotischen Umbruchregimen Gorbatschows und Jelzins unterscheidet und die Massen vorerst bescheiden am wirtschaftlichen Aufschwung partizipieren läßt, aber es bleibt grundsätzlich extrem krisenanfällig.

Ein Regimewechsel setzt vor allem den Zerfall der Machtelite voraus, wobei sich eine Fraktion der Machtelite an die Spitze einer Protestbewegung, sei es in demokratischer, sei es in rechtsradikaler Richtung setzen wird. Bislang hat sich Putin als sehr geschickter Integrator der vielfältigen Fraktionen der Machtelite und gleichzeitig Zerstörer pluraler Machtzentren in Moskau und in den Regionen und Ethnonationen erwiesen und erfolgreich Protestbewegungen eingedämmt und unterdrückt. Man sollte nicht übersehen, daß auch die Regimes in Rußland wie die in Belarus und Aserbaidschan aus dem Verlauf der „bunten Revolutionen“ und aus dem Untergang der Regimes von Milošević, Schewardnadse und Kutschma zu lernen vermögen. Bei diesen begrenzten Regimewechseln haben ausgeschaltete, prominente und damit bereits allgemein bekannte Vertreter des bestehenden Regimes eine Führungsfunktion übernommen. Insofern stand es durchaus Sinn in der Logik der Machterhaltung, wenn Putin die Zulassung von Michail Kasjanow zur Präsidentenwahl verhindern ließ, selbst wenn dieser gestern höchstwahrscheinlich klarer Wahlverlierer gewesen wäre. Autokraten pflegen anders als viele Demokraten über den Horizont von Wahlperioden hinauszudenken.